

Entwurf

HESSEN



LANDESHAUSHALTSPLAN

für das Haushaltsjahr 2016

Einzelplan 10

für den Geschäftsbereich des

Staatsgerichtshofs

Entwurf

LANDESHAUSHALTSPLAN

für das Haushaltsjahr 2016

Einzelplan 10

für den Geschäftsbereich des

Staatsgerichtshofs

I N H A L T

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort	2
10 01	Staatsgerichtshof	4
	Abschluss für den Einzelplan	20
	Stellenpläne, Stellenübersichten	23

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Staatsgerichtshof ist ein Verfassungsorgan des Landes Hessen. Seine Aufgabe ist, den in der Verfassung des Landes Hessen zum Ausdruck gekommenen Willen des hessischen Volkes zu hüten und zu bewahren.

Struktur, Zuständigkeiten und Verfahren des Staatsgerichtshofs sind in den Artikeln 130 bis 133 der Verfassung des Landes Hessen und im Gesetz über den Staatsgerichtshof in der Fassung vom 19. Januar 2001 geregelt.

Der Staatsgerichtshof besteht aus elf Mitgliedern. Fünf Mitglieder müssen Berufsrichter sein. Sie werden vom Landtag auf sieben Jahre gewählt. Die weiteren sechs Mitglieder werden für jede Wahlperiode des Landtags neu gewählt. Beim Staatsgerichtshof besteht eine Landesanwaltschaft. Sie kann als öffentlicher Kläger auch selbst Verfahren einleiten und sich an allen Verfahren beteiligen.

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben (in EUR)

Einzelplan 10		2016	2015
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—
1	Eigene Einnahmen	—	—
2	Übertragungseinnahmen	—	—
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	—	—
	Gesamteinnahmen	—	—
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	520 400	506 000
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	293 100	308 200
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—
6	Übertragungsausgaben	—	—
7	Bauausgaben	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	—	—
9	Besondere Finanzierungsausgaben	148 100	146 800
	Gesamtausgaben	961 600	961 000
	Zuschuss / Überschuss	-961 600	-961 000

C. Personalsoll des Einzelplan 10

	S t e l l e n			
	2016	davon Leerstellen	2015	davon Leerstellen
Beamte und Richter	2,0	—,—	2,0	—,—
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—,—	—,—	—,—	—,—
Tarifbeschäftigte	—,—	—,—	—,—	—,—
davon Auszubildende	—,—	—,—	—,—	—,—
Zusammen	2,0	—,—	2,0	—,—

D. Zielsystem des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen

Oberziel

Das Produkt des Einzelplans 10 dient der Umsetzung des Fachziels, das einem Oberziel zugeordnet ist. Das Oberziel des Einzelplans 10 lautet:

"Der Staatsgerichtshof des Landes Hessen verwirklicht das Rechtsstaatsprinzip und schafft Rechtssicherheit. Die Voraussetzungen für eine zeitnahe und qualitativ hochwertige Erledigung verfassungsgerichtlicher Aufgaben werden nachhaltig gesichert."

Das Fachziel des Einzelplans 10 lautet:

"Effektive Rechtsschutzgewährung und effiziente Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren sowie Rechtssicherheit gewährleisten."

Die Produktkosten ergeben sich aus dem Leistungsplan, der Teil des im Kapitel 10 01 dargestellten Wirtschaftsplans ist.

Fachziele	Plankosten 2016 1.000 EUR	Plankosten 2015 1.000 EUR	Istkosten 2014 1.000 EUR
Fachziel: Effektive Rechtsschutzgewährung und effiziente Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren sowie Rechtssicherheit gewährleisten.	–		
- Bereitstellung Rechtsprechungspotential Staatsgerichtshof (Produkt 1)	999,0	993,7	947,3

E. Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

-

**Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof**

Wirtschaftsplan

Staatsgerichtshof

A. Vorbemerkungen

Der Staatsgerichtshof ist ein Verfassungsorgan des Landes Hessen mit Sitz in Wiesbaden. Seine Aufgabe ist, den in der Verfassung des Landes Hessen zum Ausdruck gekommenen Willen des hessischen Volkes zu hüten und zu bewahren.

Struktur, Zuständigkeiten und Verfahren des Staatsgerichtshofs sind in den Artikeln 130 bis 133 der Verfassung des Landes Hessen und im Gesetz über den Staatsgerichtshof in der Fassung vom 19. Januar 2001 geregelt.

Der Staatsgerichtshof entscheidet:

1. über Anklagen gegen ein Mitglied der Landesregierung,
2. über die Aberkennung von Rechten aus der Verfassung des Landes Hessen,
3. über die Vereinbarkeit von hessischen Gesetzen und Rechtsverordnungen mit der Verfassung des Landes Hessen,
4. über Verfassungsstreitigkeiten,
5. über Grundrechtsklagen,
6. in Verfahren bei Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksentscheid,
7. in den sonstigen ihm durch die Verfassung oder Gesetz zugewiesenen Fällen.

Der Staatsgerichtshof besteht aus elf Mitgliedern. Fünf Mitglieder müssen Berufsrichter sein. Sie werden vom Landtag auf sieben Jahre gewählt. Die weiteren sechs Mitglieder werden für jede Wahlperiode des Landtags neu gewählt. Beim Staatsgerichtshof besteht eine Landesanwaltschaft. Sie kann als öffentlicher Kläger auch selbst Verfahren einleiten und sich an allen Verfahren beteiligen.

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich insbesondere nach den §§ 7a, 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Leistungsplan

Die in den Produktblättern aufgeführten Kennzahlen stellen Qualitätsvorgaben dar. Sie sollen nach Möglichkeit erreicht werden.

Zur Abbildung der Kosten und Erlöse im sog. Verfahrensbereich sind eigene Kostenträger (Verfahrenskostenträger) eingerichtet. Aufgrund der Sonderstellung des Verfahrensbereichs wird die Differenz zwischen Kosten und Erlösen in Form von Zuführungen bzw. Abführungen an den Landeshaushalt ausgeglichen. Die in § 2 Haushaltsgesetz i.V.m. § 37 der Hessischen Landeshaushaltsordnung für Produkte geltenden Regelungen sind für Verfahrenskostenträger analog anzuwenden.

Erfolgsplan

Die Verfahrenskosten gemäß Jahresergebnis Verfahrensbereich unterliegen nicht der Produktabgeltung. 50 v. H. des Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können der Verwaltungsrücklage zugeführt werden (dies gilt nicht für das Jahresergebnis Verfahrensbereich). Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt.

Finanzplan

Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof

Wirtschaftsplan

Die im Finanzplan ausgewiesenen Investitionen sind bis zu einem Betrag von 15 v.H. gegenseitig deckungsfähig.

Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg- gef.	Bezeichnung	Soll 2016				
			Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
Produkte							
1		Bereitstellung Rechtsprechungspotential Staats- gerichtshof	11,0	999,0	-	999,0	-
Summe Produkte				999,0	-	999,0	-
Gesamtsumme				999,0	-	999,0	-

Nr	neu / weg- gef.	Verfahrenskostenträger	Soll 2016				
			Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Zu-/ Abführung	Ergebnis
1		Verfahrenskostenträger	-	3,0	-	3,0	-
Summe				3,0	-	3,0	-

**Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2015					Ist 2014				
Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
11,0	993,7	-	993,7	-	11,0	947,3	-	1.004,0	56,7
	993,7	-	993,7	-		947,3	-	1.004,0	56,7
	993,7	-	993,7	-		947,3	-	1.004,0	56,7

Soll 2015					Ist 2014				
Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Zu-/ Abführung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Zu-/ Abführung	Ergebnis
-	3,0	-	3,0	-	-	-	-	-	-
	3,0	-	3,0	-		-	-	-	-

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 1 :

Bereitstellung Rechtsprechungspotential Staatsgerichtshof

- IPR Nummer: 221 Rechtsprechung, Rechtspflege -

1. Erbringer

Gerichtsverwaltung beim Staatsgerichtshof des Landes Hessen

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

- Gewaltenteilungsprinzip (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz)
- Rechts(schutz)gewährungsanspruch (Art. 19 Abs. 4, 20 Abs. 3 Grundgesetz)
- Unabhängigkeit der Richter (Art. 97 Abs. 1 Grundgesetz, § 1 GVG)
- Verfassung des Landes Hessen (Art. 130 bis 133)
- Gesetz über den Staatsgerichtshof

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das die Rechtsprechung betreffende Produkt ist die Summe aller Leistungen der Gerichtsverwaltung für die Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen zur Erledigung der Aufgaben der Richterinnen und Richter beim Staatsgerichtshof des Landes Hessen.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Personalkosten Richter
- Sachkosten Richter
- Vorgangsbearbeitung
- Protokoll- und Schreibdienst
- Rechtsprechungsdokumentation

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung und effiziente Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

- Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger)
- Rechtsprechende Gewalt

**Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2016	Soll 2015	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012
6.1 Zählgröße/Menge						
Anzahl Richterinnen und Richter des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen	VZÄ	11	11	11	11	11
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1 <u>Vorgabe: Effektive Rechts- und Rechtsschutzgewährung garantieren</u>						
Bereitstellungsgrad Rechtsprechungspotenziale nach Stellenplan	Prozent	100	100	100	100	100
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Vorgabe: Kostendeckungsgrad nicht unterschreiten</u>						
Kostendeckungsgrad	Prozent	100	100	108,96	120,80	110,30

7. Kostenzusammensetzung

Das Produkt umfasst Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Bereitstellung von Rechtsprechungspotenzialen durch die Gerichtsverwaltung erforderlich sind. Die Verfahrenkostenträger sind nicht Bestandteil des Produkts.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Personalkosten	525.900	507.500	487.204
Sachkosten	473.100	486.200	460.064
Gesamtkosten	999.000	993.700	947.268
Erlöse	–	–	–
Betriebsergebnis	-999.000	-993.700	-947.268
Neutrale Aufwendungen	–	–	–
Neutrale Erträge	–	–	–
Produktabgeltung	999.000	993.700	1.004.000
Ergebnis	–	–	56.732

**Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
1	550-557, 559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	-	-	-
2	558	Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen	-	-	-
	5581	<i>davon Bundesergänzungszuweisungen</i>	-	-	-
3	540-543, 580-589, 591	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	-	-	-
4	500-519, 544	Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	999.000	993.700	1.004.000
	510-513, 515-518	Erträge aus Gebühren	-	-	-
	514	Erträge aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern sowie Einziehungen oder Verfall	-	-	-
	500-509, 519	Umsatzerlöse	-	-	-
	544	Produktabgeltung	999.000	993.700	1.004.000
5	520-529	Bestandsveränderungen/ aktivierte Eigenleistungen	-	-	-
6	530-539, 545-549	Sonstige Erträge	-	-	28.127
7		Summe Erträge	999.000	993.700	1.032.127
8	600-619, 718	Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	5.000	11.500	926
	600-609	Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren	5.000	11.500	926
	610-619	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-	-	-
	718	Aufwendungen aus Produktabgeltung	-	-	-
9	620-649	Personalaufwand	525.900	507.500	487.204
	620-629	Entgelte	25.000	25.000	23.993
	630-639	Bezüge	494.400	476.000	456.947
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	6.500	6.500	6.264
10	660-669	Abschreibungen	32.400	35.700	34.969
	660-667, 669	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	32.400	35.700	34.969
	668	Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit unüblich hoch	-	-	-
11	720-729	Aufwendungen aus Finanzausgleichsbeziehungen	-	-	-
	727	<i>davon Bundesergänzungszuweisungen</i>	-	-	-
12	710-717, 719, 730-739, 780-789	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	-	-	-
13	650-659, 670-699	sonstige Aufwendungen	435.700	439.000	424.169
	650-659	sonstige Personalaufwendungen	4.500	4.500	5.186
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	416.700	426.500	410.986
	680-699	Verluste aus Wertminderungen und dem Abgang von Vermögensgegenständen und übrige Aufwendungen	14.500	8.000	7.997
14		Summe Aufwendungen	999.000	993.700	947.268
15		Verwaltungsergebnis (Saldo 7 und 14)	-	-	84.859

Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
16	560-563	Erträge aus Beteiligungen	-	-	-
	560	<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
17	564-569	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-
	5641	<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
18	570-579	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-
	570	<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
19	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-	-
20	760-769	Aufwendungen aus Verlustübernahmen	-	-	-
21	750-759	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	-
	750	<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
22		Finanzergebnis (Saldo 16 bis 21)	-	-	-
23		Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit (Saldo 15 und 22)	-	-	84.859
24	590, 592-594, 599	Außerordentliche Erträge	-	-	-
	599	<i>davon Erträge aus der Auflösung von Rücklagen</i>	-	-	-
25	791-799	Außerordentliche Aufwendungen	-	-	-
	796	<i>davon Aufwendungen durch die Zuführung von Rücklagen</i>	-	-	-
26		Außerordentliches Ergebnis (Saldo 24 und 25)	-	-	-
27	700-709, 770-779	Steuern	-	-	-
	770-779	vom Einkommen und vom Ertrag	-	-	-
	700-709	sonstige Steuern	-	-	-
28	595-598, 790	Erträge aus Verlustübernahme/ Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-84.859
	595-598	Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
	790	Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	84.859
29		Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (Saldo 23, 26, 27 u. 28)	-	-	-

**Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
30	510, 514, 530	Verfahrenserträge	-	-	-
31		Justizspezifische Erträge Verfahrensbereich	-	-	-
32	617	Verfahrensaufwendungen	3.000	3.000	-
33		Justizspezifische Aufwendungen Verfahrensbereich	3.000	3.000	-
34		Ergebnis Verfahrensbereich	-3.000	-3.000	-
35	539, 592	Außerordentliche Erträge Verfahrensbereich	-	-	-
36		Außerordentliche Erträge Verfahrensbereich	-	-	-
37	668	Außerordentliche Aufwendungen Verfahrensbereich	-	-	-
38		Außerordentliche Aufwendungen Verfahrensbereich	-	-	-
39		Außerordentliches Ergebnis Verfahrensbereich	-	-	-
40	595, 790	Ertrag/Aufwand Ausgleich Verfahrensbereich	3.000	3.000	-
41		Ergebnisausgleich Verfahrensbereich	3.000	3.000	-
42		Jahresergebnis Verfahrensbereich	-	-	-

**Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Erfolgsplan

1. Standarderläuterungen

Entgelte zentraler Dienstleister

Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandspostitionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:

Hessisches Competence Center (HCC)	55.600 Euro
Hessische Bezügestelle (HBS)	2.200 Euro
Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen	173.500 Euro
Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD)	44.800 Euro

2. Erläuterungen zu den Einzelpositionen:

Zu Pos. 8:

VKR 600-609:

Büromaterial	2.000 Euro
Formulare, Vordrucke	500 Euro
sonst. Materialaufwand	1.000 Euro
Materialaufwand Reparatur, Instandhaltung	1.000 Euro
DV/ TK - Material	500 Euro

Zu Pos. 9:

VKR 620-649:

Vergütung der Mitglieder des Staatsgerichtshofs und der Landesrechtsanwaltschaft	400.800 Euro
Entgelte für Beschäftigte	25.000 Euro
Beamtengrundbezug für wissenschaftlichen Mitarbeiter	63.600 Euro
Vergütung für nebenamtlich tätige Beamte	20.000 Euro
Soziale Abgaben	6.500 Euro
Rückstellungen Urlaub Beamte	10.000 Euro

Zu Pos. 13:

VKR 650-659:

Trennungsgeld	4.500 EUR
---------------	-----------

VKR 670-679:

Hier sind u.a. Aufwendungen für die Abordnung eines wissenschaftlichen Mitarbeiters an den Staatsgerichtshof in Höhe von 88.800 Euro geplant, Aufwendungen für den Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen in Höhe von 173.500 Euro berücksichtigt und die Kosten für die Prüfung des Jahresabschlusses in Höhe von 5.000 Euro enthalten.

VKR 680-699:

Für das Haushaltsjahr 2016 sind 1.000 EUR zur Verfügung des Präsidenten des Staatsgerichtshofs für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

Die Ansätze sind verbindlich.

Zeitschriften/ Bücher	5.000 EUR
Porto	5.000 EUR
Telefon/ Telefax/ Datenfernübertragung	3.000 EUR

**Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof**

Wirtschaftsplan

Finanzplan

VKR	Bezeichnung	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR	Ist 2014 EUR
Mittelverwendung				
Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb		-	-	-
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	-	-	-
Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur		-	-	-
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	-	-	-
Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA		2.000	2.000	690
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.000	2.000	690
Investitionen in Finanzanlagen		-	-	-
100-170	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	-	-	-
Mittelverwendung zusammen		2.000	2.000	690
Mittelherkunft				
Eigenfinanzierung				
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	-	-	-
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	-	-	-
Fremdfinanzierung				
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	-	-	-
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	-	-	-
435	Zugang Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	2.000	2.000	690
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszu- schüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszu- schüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	-	-	-
Deckungsmittel zusammen		2.000	2.000	690

**Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof**

Wirtschaftsplan

Überleitungsrechnung

Bezeichnung	Soll 2016 EUR	Soll 2015 EUR
+ Produktabgeltung lt. Erfolgsplan	999.000	993.700
– Entnahme aus kameraler Rücklage	–	–
+ Investitionen lt. Finanzplan	2.000	2.000
– Abschreibungen	32.400	35.700
– Zuführung zu Rückstellungen	10.000	2.000
+ Auflösung von Rückstellungen	–	–
+/- Neutrales Ergebnis	–	–
+/- Zuführung aus dem/Abführung an den Landeshaushalt (Verfahrensbereich)	3.000	3.000
Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	961.600	961.000

Kapitel 10 01
Staatsgerichtshof

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	IST 2014 EUR
Funkt.- Kennziffer				

10 01**Staatsgerichtshof**

1. Zur Wahrnehmung der laufenden Geschäfte kann sich der Staatsgerichtshof der Einrichtungen und personellen Unterstützung des Einzelplans 05 bedienen.
2. Die Titel der Hauptgruppen 4, 5 und 9 sind mit Ausnahme der Titel 529 und 536 gegenseitig deckungsfähig und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppe 8.
3. Mindereinnahmen reduzieren, Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 2 mit Ausnahme der Titel 111 bzw. 112.

E I N N A H M E N

**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)**

112	051	Geldstrafen und Geldbußen.	—	—	—
119	051	Sonstige Verwaltungseinnahmen.	—	—	28 127

**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen
und Zuschüssen für Investitionen; besondere
Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame
und besondere Finanzierungseinnahmen)**

359	850	Sonstige Entnahmen.	—	—	—
389	890	Sonstige Verrechnungen.	—	—	—
Gesamteinnahmen Kapitel 10 01.			—	—	28 127

Kapitel 10 01
Staatsgerichtshof

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	IST 2014 EUR
Funkt.- Kennziffer				
A U S G A B E N				
Personalausgaben				
412	051 Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige.	400 400	386 000	424 553
422	051 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	64 000	64 000	—
427	051 Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige.	51 500	51 500	49 205
428	051 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	—	—	—
453	051 Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen.	4 500	4 500	5 205
459	051 Sonstige personalbezogene Ausgaben.	—	—	—
Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst				
511	051 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchs- gegenstände.	20 000	20 000	5 375
514	051 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	—	—
517	051 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume.	500	500	—
518	051 Mieten und Pachten.	213 300	228 400	217 167
519	051 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen.	—	—	—
525	051 Aus- und Fortbildung.	—	—	—
527	051 Dienstreisen.	500	500	236
529	051 Verfügungsmittel.	1 000	1 000	107
536	051 Verfahrensauslagen.	3 000	3 000	—
537	051 Beförderungskosten.	—	—	—
538	051 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen.	54 800	54 800	26 701
545	051 Aufwendungen des Landtags und der Landesregierung aus dienstlicher Veranlassung.	—	—	—
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)				
681	051 Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an na- türliche Personen.	—	—	—

Kapitel 10 01
Staatsgerichtshof

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	IST 2014 EUR
Funkt.- Kennziffer				
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)				
812	051 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen. . . .	—	—	—
Besondere Finanzierungsausgaben				
919	850 Sonstige Zuführungen.	—	—	—
Erläuterungen:				
Der Bestand der kameralen Rücklage zum 31.12.2014 beträgt 27.000 EUR.				
981	890 Verrechnungen zwischen Kapiteln.	—	—	—
989	890 Sonstige Verrechnungen.	148 100	146 800	167 117
	Gesamtausgaben Kapitel 10 01.	961 600	961 000	895 667
Abschluss Kapitel 10 01				
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben.	—	—	—
1	Eigene Einnahmen.	—	—	28 127
2	Übertragungseinnahmen.	—	—	—
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungsein- nahmen.	—	—	—
	Gesamteinnahmen.	—	—	28 127
4	Personalausgaben.	520 400	506 000	478 963
5	Sächliche Verwaltungsausgaben.	293 100	308 200	249 586
	Ausgaben für den Schuldendienst.	—	—	—
6	Übertragungsausgaben.	—	—	—
7	Baumaßnahmen.	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben.	—	—	—
9	Besondere Finanzierungsausgaben.	148 100	146 800	167 117
	Gesamtausgaben.	961 600	961 000	895 667
	Zuschuss/Überschuss.	-961 600	-961 000	-867 539

Abschluss für den Einzelplan 10
Haushaltsjahr 2016

Einzelplan und Kapitel	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	Eigene Einnahmen EUR	Übertragungseinnahmen EUR	Vermögenswirks. und bes. Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR
10 01	Staatsgerichtshof	—	—	—	—	—
	Insgesamt:	—	—	—	—	—

Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- ausgaben, Schuldendienst	Übertragungs- ausgaben	Bau- maßnahmen	Sonstige Investitions- ausgaben	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuss (+) Zuschuss (-)
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
520.400	293.100 —	—	—	—	148.100	961.600	-961.600
520.400	293.100 —	—	—	—	148.100	961.600	-961.600

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme im Haushaltsjahr 2016

Titel	Bezeichnung	Verpflichtungs- ermächtigung 2016 EUR	von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden			
			2017 EUR	2018 EUR	2019 EUR	spätere Jahre EUR
1	2	3	4	5	6	7

Es wurden im Haushaltsjahr 2016 keine Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht.

STELLENPLÄNE
STELLENÜBERSICHTEN

**Kapitel 10 01
Staatsgerichtshof**

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan

für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2016	(2015)
----------	---------	-----------------	----------

Aufsteigende Gehälter

A 15	(001)	2	
------	---------	---	--

Regierungsdirektor/in

Die Stellen dürfen auch mit einem Richter oder Staatsanwalt der Bes.Gr. R 1 oder R 2 besetzt werden.

		2	(2)
--	--	---	-------

